

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

9. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

13. Mai 2008

Ostdeutschland-Konferenz - eine subjektive Rückschau

Als Vertreter unseres halleschen Stadtverbandes nahm ich Ende April an der Ostdeutschland-Konferenz unserer Bundestagsfraktion DIE LINKE in Dresden teil.

Eigentlich war es kaum möglich, in nur 8 Stunden Konferenzzeit in die Tiefe zu gehen. Gesine Löttsch und Roland Claus legten ein interessantes Thesenpapier vor, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi überzeugten nicht nur mich erneut mit ihren Rede-Inhalten und die Preisverleihung von vielen sächsischen Projekten gegen Rechtsextremismus war beeindruckend. Das Samstagvormittag-Forum zur Zukunft der Arbeit, welches Petra Sitte souverän leitete, brachte vieles auf die Tagesordnung: die Perspektiven der klein- und mittelständigen Unternehmen bzw. der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland, öffentlich geförderte Beschäftigung oder den Mindestlohn. Richtig gut

war, dass unsere Bundestagsfraktion viele externe Fachleute eingeladen hatte, die kompetent und verständlich Fragen aufwarfen und Antworten gaben. Ich fuhr dennoch im Zwiespalt aus Dresden ab: auf meine Frage, wieweit die Bundestagsfraktion bei der Erarbeitung eines Steuerkonzeptes ist, erhielt ich keine Antwort. Aktivitäten zu den Bereichen Steuern und Abgaben hat sich die Fraktion ja vorgenommen, aber bräuchten wir nicht wieder ein in sich stimmiges Konzept - einschließlich der abgestimmten Verwendung der dann wesentlich höheren Mehreinnahmen des Staates?!? Weiter treibt mich das Thema öffentlich geförderte Beschäftigung um. Vieles was hier auf den Weg gebracht wurde und wird, ist Stückwerk. Jüngstes Beispiel ist der Kommunal-Kombi-lohn. 100 000 Stellen sollten nach Angaben der Bundesregierung im gemeinnützigen Bereich in Gebie-

ten mit hoher Erwerbslosigkeit geschaffen werden - also Ein-Euro-Jobs oder (Kurzzeit-)ABM zumindest zurückdrängen. Tatsächlich werden auf Grund fehlender Finanzmittel der Länder und Kommunen aber nur etwa ein Drittel der avisierten Stellen geschaffen, in Sachsen-Anhalt nur für Erwerbslose ab 50 Jahren - alle mit unter 1000 Euro brutto für 30 Wochenstunden. Mein Freund Falk, der sich hier eine Stelle erhofft hatte, geht also wieder leer aus. Und auf meine Frage an Kerstin Liebich (Staatssekretärin im Land Berlin), ob ÖBS-Beschäftigte in Berlin ihre Arbeitszeit von 40 auf 30 Wochenstunden auf eigenen Wunsch reduzieren können, erhielt ich eine ja-aber-Antwort, die mich ratlos zurückließ. Mein Fazit: Ostdeutschland und auch DIE LINKE haben viel Arbeit vor sich - und sollten sie gerecht auf viele Schultern verteilen...
Ants Kiel

Es gibt einen Grund zu Feiern...

Im Juni vergangenen Jahres gründete sich aus der PDS und der WASG die Partei Die Linke. Der Stadtvorstand Halle lädt deshalb alle Mitglieder und Freunde unserer Partei am

Samstag, dem 7 Juni 2008, ab 15 Uhr

in das **Kleine Thalia Theater,**

Thaliapassage 1, Strassenbahnhaltestelle Hermannstraße

zum **Fest der Linken in Halle** ein.

Neben Gesprächsrunden mit Bundes- und LandespolitikerInnen unserer Partei ist auch Musik und ein Auftritt des Jugendkabarets geplant.

Mehr Informationen in der nächsten Ausgabe des Linken Blattes.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 29.04.2008

Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt müssen glauben, die Stadt Halle (Saale) hat alles im Lot!

In der letzten Stadtratssitzung gab es keine Vorlage im öffentlichen Teil, die zu beschließen war.

Die vorgesehene „Jahresrechnung 2006 und die Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin“ wurde ver-tag.

Im nicht öffentlichen Teil dagegen wurde mehr diskutiert, vor allem um Inhalte zur Vorlage „Verkauf von Aktienanteilen der Stadt Halle an der Mitteldeutschen Flughafen AG an das Land Sachsen-Anhalt“. Mit einem Änderungsantrag - also in modifizierter Form - wurde diese Vorlage angenommen.

U. a. wurde im nicht öffentlichen Teil auch ein Beschluss zu „Bürgerschaftsangelegenheiten der Zoologischen Garten GmbH“ gefasst.

Zur Kenntnis genommen wurde im Stadtrat das Arbeitsmarktprogramm 2008. Der Inhalt und Zweck wird u. a. wie folgt beschrieben:

„Mit dem Arbeitsmarktprogramm 2008 beschreibt die ARGE SGB II GmbH die Strategie zur Erreichung der 2008 anvisierten Ziele und bildet die Grundlage interner Steuerungsprozesse und stellt die Nachhaltigkeit der Zielerreichung sicher“.

Im Bericht wird dargestellt, dass 2007 die Zahl der Bedarfsgemeinschaften kontinuierlich von durchschnittlich 25.156 des Jahres 2006 auf 23.176 im Jahr 2007 reduziert werden konnte. Das entspricht einem Rückgang um 7,87 %. Ein Ziel für 2008 soll deshalb auch sein, die Anzahl der Bedarfs-

gemeinschaften weiterhin zu senken. In diesem Bericht werden auch die Nutzungen von „arbeitsmarktpolitischen Instrumenten“ beleuchtet. Im Vorfeld auf die Stadtratssitzung wurde dieser Bericht im Wirtschaftsausschuss und im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss diskutiert. Das war für uns eine neue, aber durchaus positive Erfahrung! So bietet uns dieser Bericht in der Zukunft die Möglichkeit des Vergleiches und zum anderen werden wir auch sehr genau beobachten und einfordern, welchen spezifischen Anteil hallesche Unternehmen an der Arbeitsmarktförderung vor Ort haben. Eine Forderung bzw. Nachfrage war u. a. auch, spezifisch und nach wirklichem Bedarf der Unternehmen vor Ort Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu organisieren. Für die Zielgruppe der über 50-jährigen soll zum Beispiel das Projekt „Jahresringe“ weitergeführt werden. Auch der gemeinsame Arbeitgeberservice wird weitergeführt. Ein Schwerpunkt ist auch die Integration in Ausbildung und Arbeit von Jugendlichen unter 25 Jahren.

Ebenfalls zur Kenntnis genommen wurde ein vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 101.1 Sportzentrum Böllberger Weg. Hintergrund dieser Mitteilung war, dass es zum geplanten Sportzentrum Böllberger Weg noch ergänzende Untersuchungen gab. Alle Sachverhalte wurden geprüft und Standpunkte erörtert. U. a. hatten auch die Besitzer von Garagen, die dem Projekt weichen müssen, ihren Protest artikuliert. Dazu heißt es jetzt in der Vorlage: „Der Investor hat den

Garagenbesitzern die Bereitstellung von Stellplätzen auf seinem Grundstück für einen Übergangszeitraum bis Ende 2009 angeboten, so dass ihnen genügend Zeit verbleiben würde, um Ersatzgaragen in bestehenden Garagenkomplexen zu finden. Eine Garage in einem anderen Garagenkomplex würden nach dem Ergebnis von Gesprächen zwischen Garagenverein und Investor höchstens 35 von 47 Garagenbesitzern anstreben“.

Dass es in Halle (Saale) eine ganze Reihe von Problemen gibt, aber an den Entscheidungen von Stadträten „vorbei gemogelt“ werden sollen, zeigt auch die Situation der Jugendeinrichtung „Gimmi“ in Halle-Neustadt! Durch eine Anfrage von Jugendlichen zum Einwohnerforum in Halle-Neustadt mit Frau Szabados erfuhren die Jugendlichen von der beabsichtigten Schließung. Im Stadtrat, zur Bürgerfragestunde, wiederholten sie ihre Anfragen und teilten mit, dass mit ihnen über eine Schließung bzw. Fusion in die Soziokulturelle Einrichtung „Pustebume“ nicht abgesprochen war. Lediglich zwei Räume sollen den Jugendlichen nun dort zur Verfügung stehen! Einen Beschluss, z. B. im Jugendhilfeausschuss, gibt es nicht!

Frau Szabados versprach den Jugendlichen, dass diese Angelegenheit geprüft wird.

Aber eine Änderung der Situation ist nicht bekannt bisher!

Wir werden u. a. im Jugendhilfeausschuss das Thema wieder aufrufen!

Ute Haupt,
Stadträtin

DIE LINKE Halle zum 1. Mai



Trotz des „doppelten“ Feiertages“ zog es am 1. Mai ca. 2.400 Hallenserinnen und Hallenser zur traditionellen Kundgebung des DGB auf die Peißnitz. Die Ansprache in diesem Jahr hielt Norbert Blüm, ehemaliger Bundesminister und seit 55 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Auch er forderte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Bekämpfung der Alterarmut.

An den zahlreichen Informationsständen konnten sich die Besucherinnen und Besucher über die Arbeit von Gewerkschaften, Vereinen und Parteien informieren. Dicht umlagert war auch der Infostand der LINKEN, auch viele Mitglieder unserer Partei waren vor Ort. Als Gesprächspartner standen Stadträte, der Landtagsabgeordnete Hendrik Lange und Petra Sitte zur Verfügung.

Allen Mitgliedern unseres Stadtverbandes, die zum Gelingen beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön.

DIE LINKE startet Youtube-Kanal

Seit 1. Mai heißt es auf www.youtube.de/linksfraktion „Hier spricht die Opposition“. Unter diesem Titel veröffentlicht die Fraktion DIE LINKE seit Juni 2006 jeweils freitags ihren wöchentlichen Video-Podcast, in dem sich Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Petra Pau, Dagmar Enkelmann, Werner Dreibus, Bodo Ramelow und Ulrich Maurer zu den jeweiligen politischen Schwerpunkten äußern. Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, erläutert das Ziel des neuen Online-Angebots: „DIE LINKE wirkt - auch im Web. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich die Zahl der täglichen Zugriffe auf die Website www.linksfraktion.de seit dem Einzug der linken Opposition in den Bundestag im Jahr 2005 verzehnfacht hat. Mit der Einrichtung des Youtube-Kanals setzen wir den Ausbau unseres Online-Angebots fort. Wir wollen damit den Nutzerinnen und Nutzern noch mehr Möglichkeiten bieten, sich über unsere Ziele und Initiativen zu informieren. Vor allem aber wollen wir sie zu einem Dialog mit uns anregen. Das Internet bietet dafür die besten Voraussetzungen, denn es ist weit mehr als Tageszeitungen oder das Fernsehen ein interaktives Medium. Darin liegen Chancen, die von der Politik insgesamt viel zu wenig genutzt werden.“

DIE LINKE begrüßt Innovationsförderung im Osten

In jedem der neuen Bundesländer und Berlin erhält ein besonders zukunftsorientiertes Forschungsprojekt zusätzliche Fördermittel. Dafür wendet die Bundesregierung in diesem Jahr 45 Millionen Euro auf, im kommenden Jahr sind weitere 200 Millionen Euro vorgesehen. Die Nutzung von Erdwärme für unsere Energieversorgung untersuchen Forscherinnen und Forscher in Brandenburg. Unter den Oberbegriff Trinkwassermanagement fallen Untersuchungen, denen sich Forschungseinrichtungen in Sachsen widmen. Arbeiten zu zukunftsweisenden medizinischen Themen laufen bei Forschungsgruppen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Optische Technologien und Mikrosystemtechnik stehen im Zentrum für drei Einrichtungen in Thüringen. Schließlich kümmern sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Sachsen-Anhalt darum, wie technische Systeme sicherer und zuverlässiger werden können.

Diese sechs Forschungsprojekte wurden in länderinternen Wettbewerben ausgewählt. Sie erhalten für zweieinhalb Jahre insgesamt 45 Millionen Euro Fördermittel, deren Verwendung den Institutionen weitgehend freigestellt ist. Sie können für Personal ebenso verwendet werden wie für Großgeräte. Schon 2007 sind 507 Millionen Euro für die Forschungsförderung in die neuen Bundesländer geflossen. 2009 gehen damit insgesamt rund 250 Millionen zusätzlich an Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland.

„Das neue Programm ist ein im Umfang angemessener und längst überfälliger Schritt zur Stärkung des

Innovationsstandortes Ostdeutschland. Zu begrüßen ist zudem die Verteilung der geförderten Projekte in der Fläche mit Ausrichtung auf die regionalen wirtschaftlichen Potenziale“, erklärt Petra Sitte zur Vorstellung des Programms „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“.

Die forschungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „DIE LINKE lehnt jedoch ab, sich die Zustimmung der ostdeutschen Bundesländer zu einer Neuauflage der Exzellenzinitiative mit diesem Forschungsprogramm, wie von dem Kultusminister Sachsen-Anhalts gegenüber der Presse angedeutet worden ist, erkaufen zu wollen. Eine erkaufte Zustimmung der ostdeutschen Länder zur Exzel-

lenzinitiative wäre ein schlechter Deal: die südwestdeutschen Länder würden weiter kaum aufzuholende Vorsprünge in Reputation und Drittmittelausstattung ausbauen, während im Osten vorwiegend technologie- und anwendungsorientierte Forschung gefördert wird. DIE LINKE fordert, dass statt einer neuen Exzellenzinitiative ein Hochschulpakt II die Kapazitäten in der gesamten Breite des Fächerspektrums absichert. Zudem müssen neben den marktnäheren Disziplinen auch die ostdeutsche Forschung in Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften gefördert werden. Die neuen Länder sind Modellregionen für Themen wie Globalisierung, Europäisierung und demographischer Wandel.“

Ein Roter unter Roten

Nicht nur Gojko Mitic, sondern auch viele andere Prominente, wie Wladimir Kaminer, Dieter Dehm, Manfred Maurenbrecher, waren zum diesjährigen Pfingstfest am Werbellinsee.

Mehr in der nächsten Ausgabe.



Von Arbeit muss Mensch leben können - aber ohne Arbeit auch!

Alternative Beschäftigungsmodelle, Soziale Grundsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen? - das sind die heftig umstrittenen Eckpunkte linker sozialpolitischer Gegenentwürfe. Während die bestehenden sozialen Sicherungssysteme im Zuge des neoliberal inspirierten »sozial«-staatlichen Umbaus immer weiter ausgehöhlt werden, ist in den sozialen Bewegungen und unter Linken die Debatte über Alternativen offenbar in eine Sackgasse geraten. Insbesondere sehen sich die Verfechter einer neu zu gestaltenden sozialen Grundsicherung von Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen herausgefordert, deren Verwirklichung einen radikalen Bruch mit den bisherigen auf Beiträgen und Arbeitsleistungen beruhenden Sozialstaatsprinzipien bedeuten würde.

Sozialpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt mit:

- Kerstin Liebich, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin, zum Öffentlichen Beschäftigungssektor
- Sabine Dirlich, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt, zu Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt
- Ronald Blaschke, Philosoph und Erziehungswissenschaftler, Sprecher des Netzwerkes Grundeinkommen, pro Grundeinkommen und
- Dr. Wolfgang Kühn, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Grundeinkommen im Disput
- Die Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Bündnis Soziale Bewegungen Sachsen-Anhalt und dem DGB Sachsen-Anhalt durchgeführt.

**am 31. Mai 2008, um 10:00 Uhr
in Magdeburg, Haus der Gewerkschaften, Otto - von - Guericke - Straße 6**

Am Vorabend gibt es eine Eröffnungsveranstaltung:

Armut mit und ohne Arbeit - was tun?

mit: Prof. Peter Grottian, Otto - Suhr - Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin

**am 30. Mai 2008, um 19:00 Uhr
in Magdeburg, „einewelthaus“, Schellingstraße 3-4**

Wir freuen uns, wenn wir viele TeilnehmerInnen aus Halle begrüßen können.

Wolfgang Geutjes, Mitglied der Rosa - Luxemburg - Stiftung Sachsen - Anhalt

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.05..2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 22.05.2008

Diffamierung eines ehemaligen Staatsschutzbeamten offenkundiges Ziel

Der 10. Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat am 5. Mai die Zeugenvernehmung fortgesetzt, um den erhobenen Vorwurf aufzuklären, ob der ehemalige Staatsschutzbeamte Ennulat während seiner Aufstiegsausbildung an der niedersächsischen Polizeiakademie von zwei Kollegen „bespitzelt“ worden ist. Dazu erklärt die rechts- und innenpolitische Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

„Nach den Zeugenaussagen erhärtet sich der Verdacht der „Bespitzelung“ des früheren Staatsschutzbeamten Ennulat ganz erheblich. Ein leitender Polizeibeamter des Innenministeriums hatte zwei MitstudentInnen „nachdrücklich gebeten“, über ein Privatgespräch mit Herrn Ennulat, u.a. zu den Umständen des Todes von Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle, einen Vermerk anzufertigen. Dieser

Vermerk wurde dann durch das Ministerium der Staatsanwaltschaft zugeleitet.

Äußerst prekär ist in dieser Angelegenheit, dass der eigentlich Betroffene - Herr Ennulat - keinerlei Kenntnisse über den Fakt der Anfertigung sowie den Inhalt des Vermerks erhielt. Den beiden KollegInnen wurde ausdrücklich untersagt, den Betroffenen aus eigener Initiative über den Vermerk zu unterrichten.

Äußerst kritikwürdig ist zudem die Vorgehensweise des Ministeriums des Inneren: Herr Ennulat wurde nicht angehört, ein Gespräch fand nicht statt. Das Ministerium verließ sich auf Zeugnisse vom Hörensagen, anstatt auf eine direkte Zeugenaussage des Betroffenen.

Welchem Ziel diene also eigentlich der genannte Vermerk: der unmittelbaren Sachaufklärung im

Fall Oury Jalloh oder der Diffamierung des ehemaligen Staatsschutzbeamten Ennulat? Die Faktenlage sagt, dass es dem Ministerium eindeutig darum ging, Herrn Ennulat zu diffamieren und unglaublich zu machen. Eine Chance, die Dinge aus eigener Sicht darzulegen, blieb ihm unterhalb der Gerichtsebene versagt.

Die hier praktizierten Methoden des Innenministeriums sind aus Sicht der LINKEN so kritikwürdig wie dubios.

DIE LINKE erwartet vom Innenminister als oberstem Dienstherren die Wahrung der Fürsorgepflicht gegenüber allen BeamtInnen in einer ausgewogenen und gleichberechtigten Form. Der Innenminister sollte zudem energisch dafür Sorge tragen, dass derlei Praktiken in seinem Hause keinen Platz haben.“

Fraktion DIE LINKE: Bahnprivatisierung - CDU wird die Geister, die sie rief, nicht mehr los

Jeglicher Umfang der Privatisierung der DB AG wird von der LINKEN abgelehnt. Wenn jetzt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schröder für eine Bundesratsinitiative zur Verhinderung von massiven Einschnitten im Schienenfernverkehr wirbt, ist dies Ausdruck von Hilflosigkeit gegenüber den Geistern, welche die CDU im Bund mit Hilfe der SPD-Spitze rief.

Bahnchef Mehdorn verhält sich im Rahmen der Privatisierungspläne der DB AG betriebswirtschaftlich völlig korrekt. Der Rückzug der DB AG auf rentable Rennstrecken entspricht jahrelang vom Bund ge-

duldeter und geförderter Bahnpolitik. Wer dies jetzt kritisiert verkennet, dass ein Vorstand einer Aktiengesellschaft wie der DB AG ausschließlich dem Wohl des Unternehmens zu dienen hat und andere Interessen absolut keine Rolle spielen.

Genau vor diesem Szenario hat auch DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt bereits im Jahr 2006 und wiederholt im Jahr 2007 mit entsprechenden Initiativen gewarnt und nun durch das Handeln des Vorstandes der DB AG Recht bekommen.

Die Privatisierung der Bahn bringt weder mehr Verkehr auf die Schiene, noch entlastet sie nachhaltig

den Bundeshaushalt, wie 1993 mit der Bahnreform beschlossen. Wenn die CDU jetzt, wo Herr Mehdorn Ernst macht mit der Wirtschaftlichkeit innerhalb der DB AG, ihn für unternehmerisches Handeln kritisiert, hat sie das Funktionieren der Marktwirtschaft nicht verstanden. Der Kabinettsbeschluss zur Bahnprivatisierung vom Montag dieser Woche kommt einer Notchlachtung der DB AG gleich.

Die Linke fordert im Gleichklang mit der Initiative „Bahn von unten“: Finger weg von der DB AG. Notwendig sind die Stärkung der Fahrgastrechte und eine Flächenbahn zur Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsschichten.

Buchtipp

Arno Hecht (Hrsg.): „Enttäuschte Hoffnungen“.

Autobiographische Berichte abgewickelter Wissenschaftler aus dem Osten Deutschlands. 2008 verlag am park in der edition ost Ltd.

(Da in Halle zum Beispiel die Thalia-Buchhandlung den Verlag nicht fand, sollte man gleich an diesen Verlag, Neue Grünstraße 17, 10179 Berlin, schreiben, falls eine Bestellung gewünscht wird)

Wissenschaftler mit hohem internationalen Ansehen berichten über ihre Arbeit und die Argumente, warum eine Beschäftigung an einer Universität unter bundesdeutscher Führung nicht mehr möglich war. Aus der Universität in Halle berichten der Arzt Günter Baust und der Philosoph Reinhard Mocek. Irene Hinderer und Arno Hecht schreiben über den 2006 verstorbenen im Medizin- und Strafrecht international geschätzten Juristen Hans Hinderer. Arno Hecht berichtet aus einer von ihm angefertigten Untersuchung, dass von mehr als 7.000 Hochschullehrern an den akademischen Einrichtungen der DDR des Jahres 1989 nahezu 5.500 entlassen wurden. Es lohnt sich bestimmt eine Buchlesung und Diskussion darüber.

Ernst Luther

